

Abonnementsspreis
In der Ausgabezeitung über den im Stadt-
bezirk und den Vororten erschienenen Aus-
gaben abgezahlt: vierzehntäglich 4.-40.
Bei gewöhnlicher Weißdruckausgabe und
durch A. S. D. Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: vierzehntäglich
4.-40.—
Durch regelmäßige Ausgabeabrechnung
im Ausland: monatlich 4.-40.—
Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 1.-7 Uhr.
Die Nachts-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Sohmenstrasse 8.
Die Ausgaben sind ununterbrochen ge-
öffnet von 6 bis 8 bis 10 Uhr.

Abonnementen:
Das Almanach (Alfred Schau),
Universitätsbibliothek 1,
Postamt 290, 14. post. und Königsgasse 7.
Post und Verlag von C. Wolf in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 431.

Sonnabend den 12. December 1891.

85. Jahrgang.

Bur gesälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 13. December,
Vormittags nur bis 9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 7. d. M. Sonnabends gegen 10 Uhr ist auf einer Treppe des Hauses am Markt 14 ein 6 bis 8 Wochen alter Kind niedrige Geschlechts lebend aufgefunden worden. Es ist in gleichem einer Frauensperre versteckt gehoben worden, welche, wie ein Haushälterin beobachtet hat, das bezeichnete Kind nach 9 Uhr mit einem Beutel auf dem Kopf bekleidet, bekleidet oder dieser wieder verlassen hat.

Die Gesuchstellerin wird beobachtet als ungefähr 20 Jahre alt, von mittlerem Geist und beschämten Haar und soll durchscheinen, dass sie den Namen August und schwieriges Geheimnis hat, welches mit diesem Haushalte zu verbergen scheint. Die Person ist altemal geblieben gewesen, als bei dem Kinde eines Person von Name genannt. In einem bei dem Kinde geschwiegerten Geheimnis bezeichnet sich die Mutter ebenfalls als eine armes, einsame und von seinem Geheimnis betroffene Person, welche dieses Geheimnis einer Arbeit, Geld und Unterhaltung ist und das Kind einer hohen Brust wegen nicht stillen kann.

Das Kind hat in einem Leben, Stellvertretend gelegen, welche einen weißen und einem schwangeren, roten und weißgekennzeichneten Hut, und es aufwuchs mit einem weißen Schürzenhemd mit Spitzenkragen und einem roten und weißgekennzeichneten Hemdkragen bekleidet und mit einer grünen braunen Weste umwickelt gewesen. Gänzliche Sachen sind gänzlich neu Lager. Alligatoren.

Die angeführten Erstbestenungen zur Erstellung der Räuber-
mutter bisher nicht geführt haben, so erinnern wir hiermit ihre
Bekanntmachung, welche über die Verhaftung des Kindes aufklärung
aufzurichten und die Verhaftung des Kindes aufzuklären.

Leipzig, am 10. December 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Wenzel Schneider. Führer.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, dass die Herren

1) Büchsenmeister Carl Wilhelm Müller,

2) Büchsenmeister Adolf Höfe Jr.

angezweifelten beiden, die Stütze, Stützen und Träne liegenden Städte-

beispiel mit Einschluss der einzelnen Vororte, sowie die Ge-

wölfe als Büchsenmeister benannt werden, jedoch mit Auschluss der

öffentlichen Büchsenmeister am Schlesischen Wege und vor dem Preu-

sischen Thore, während des gegenwärtigen Winters fortgeführt zu

übernehmen.

Es ist daher den Büchsenmeistern, welche seitens der In-

haber der Büchsenmeister, als auch seitens der die Büchsenmeister befreien-

den Abteilungen folgt zu bitten.

Insbesondere ist das Reitertor, das Schloss und das Schlossmauer-

lauern, dessen folglich auf den französischen Büchsen von den Ober-

beamern, die unbedingt erhält werden, verboten. Es haben

auch die Inhaber der Büchsenmeister auf besondere Abschaffung und

natürlich bei eingetretener Abschaffung den Zweck zu ihren

Vorhören hierzu nicht zu gestatten. Einzelne fahrt auf Büchsenmeister,

welche beobachtet wurden, eischturz oder nicht genug schaden

Stellen, so sind dieselben in gleicher Weise abzuhören.

Zum Abschlussmorgen gegen diese Bestimmungen werden mit Gehal-

tung bis zu 60.- oder mit Halt bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Leipzig, den 4. December 1891.

Der Rat der Stadt Leipzig.

IX. 1891. Dr. Teublin. Richter.

Die Rede des Reichskanzlers.

Die Rede, durch welche der Reichskanzler die Annahme der Handelsverträge empfohlen hat, entspricht den Erwartungen, welche darauf gelegt waren, sie hat bewiesen, dass der an der Spitze des Reichskanzlers stehende Staatsmann nicht lediglich ein willensloses Überzeugungsfähiges Staatsmann ist, sondern dass er mit vollem Verständnis an wichtige Aufgaben herantritt und sie gefördert in Leben weist. Wir können ihm nicht bestimmt in seiner Colonialpolitik, wie halten an der Auffassung fest, dass der Abschluss des Abkommen vom 1. Juli 1890 ein politischer Fehler war, wir halten ferner die Einführung des Systems Sotomayor an Stelle des Systems Wissmann für ungünstig und verfehlte, wir sind ferner der Meinung, dass die Änderung unserer Politik gegen die Kolonien, eine ungünstige Maßregel ist, die uns noch manche schwere Stunde bereiten wird, wir begreifen endlich Zweifel, ob ankreisende autoritäre Politik fests das Richtige getroffen hat, aber wir haben die Überzeugung, dass der Abschluss des Handelsvertrages von dem größten Vorteile für unsere zufriedene Entwicklung ist, und dass diese Verträge uns wirtschaftlich auf die Stütze leben werden, welche wir brauchen, um alle vorhandenen Kräfte mit einander in geistiger Weise koordinieren zu können. Die richtige Handels- und Wirtschaftspolitik ist die Hauptbedingung für die Gesamtentwicklung und sie ist das beste und sicherste Mittel, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Wir sind große allgemeine Geschäftszwecke, welche für die Wahl der Tarifvertragspolitik an Stelle der bisherigen Ab-
schaffung durch einen autonomen Tarif maßgebend waren. Wenn sich alle Staaten von einander abhängig waren, dann werden die Vortheile autonomer Tarife zu Nutzen, die Ausfuhr wird auf, und die auf den britischen Markt beschrankte Industrie verliert die Möglichkeit der Erweiterung ihres Absatzgebietes. Einfuhr und Ausfuhr müssen sich die Waage halten, wenn Handel und Wandel getreuen sollen, noch besser ist der Zustand, wenn die Ausfuhr die Einfuhr übertrifft, die Voraussetzung eines solchen Verhältnisses ist aber die Erzielbarkeit des Bodens, welche Deutschland hält, und deshalb müssen der Landwirtschaft wie der Industrie die nötigen Schutzmaßnahmen gewährt werden, um sie lebensfähig zu erhalten. Der Reichskanzler sagt: Wenn wir auf dem bisherigen System der Abhängigkeit beharrten oder gar noch weiter gingen, dann würden wir zum Kriege über gegen alle gelangen, in Deutschland insbesondere im Kampf und Dasein würde ein Vertrag noch dem andern eingesetzt werden müssen. Und längst die Verhältnisse so, dass es darauf kommt, die Bandbreite zu schränken, ohne sie auf Kosten des Gesamt-Interesses in Pünktlichkeit zu erhalten. Graf Raniz und seine Anhänger stellen sich auf einen andern Standpunkt. Sie sagen: Zuerst kommt der Handel, und erst wenn dessen Bedingungen gegen jeden Wechseln festgestellt sind, können die übrigen Staats-Interessen an die Reihe. Der Reichskanzler erklärt, dass der Kornzoll von 5.- zu hoch ist und sogar in landwirtschaftlichen Kreisen dadurchtheilweise seinen Zweck verfehlt. Graf Raniz behauptet im Gegenteil, dass wäre diesen Fall die Kornwirtschaft zu Tausenden von Haas und Hof vertrieben sein würden. Es ist aber ein einheitlicher Interessen-Standpunkt, welcher verlangt, dass die Kornwirtschaft vor den Industriekräften verteidigt werden müsse, das von ihr allein das Wohl und Wider des Staates abhänge. Die hohe Bedeutung der Landwirtschaft wird auf allen Seiten und besonders von der Regierung geführt und anerkannt, aber so weit darf man nicht gehen, dass man die Wohlfahrt des Landes von der Höhe des Kornzolls abhängig macht. Graf Raniz hat es dem Reichskanzler besonders zum Vorwurf gemacht, dass die Gewerbe unterdrückt geblieben sind, und er findet, dass die Begegnungen der österreichischen Industrie im Verhältnis zu den angrenzenden sehr gering seien. In Österreich befürchtet man sich wieder darüber, dass doppelt so viel deutsche Industrieprodukte herabgesetzt werden seien als österreichische, und findet, dass die österreichische Industrie in den Verträgen schlechter weggestoßen sei.

Die Klagen des Grafen Raniz sind der beste Beweis dafür, dass die deutsche Reichsregierung mit der Herauslösung der Kornpölle auf 3,50.- das Richtige getroffen hat, nicht weniger als mit der Aenderung der Industriepölle, gleichzeitig mit ihrer heilsamen Aufschaltung in der bisherigen Höhe. Der Ausgleich der verschiedenen Interessen ist der leitende Gesichtspunkt für die Normierung der Tarifsätze in den neuen Verträgen, nicht die Übervorbereitung oder Benachteiligung des einen Interessenten im Vergleich mit andern.

Der Reichskanzler sagt: „Die Menschen geben lohnender Arbeit nach, auch wenn die Preise der Lebensmittel höher sind, als in der Heimat. Wir wollen durch die Verträge lebendige Arbeit schaffen, unzweckmässig müssen wir Waren oder

Menschen exportieren, denn unsere Bevölkerung ist in der Zukunft begrenzt.“ Das ist unweigerlich richtig, und deshalb ist das Hauptanliegen auf die Ausfuhr der Industrieproduktionen zu lenken. Die Auswanderung aus Ostpreussen ist durch die Kornpölle nicht verhindert worden, und selbst die Verwendung dieser Zoll würde es nicht daran bringen, dass die begehrten handelnden Arbeiter an die Schule geföhrt werden, wenn die Arbeit nicht entsprechend lohnend wäre.

Die Erklärung des Grafen Raniz, dass er gegen die Handelsverträge stimmen werde, hat im Reichstag Bewegung hervorgerufen und ihm vereinzelt Voraussetzung eingeräumt, aber sie hat zugleich dazu geführt, die große Mehrheit der anderen Urtheilenden festzuhalten.

Noch ein anderes Gesichtspunkt des Reichskanzlers hat lebhafte Aufmerksamkeit gewonnen. Er beginnt es als unmöglich, dass die Staaten des Dreiecks mit einander im wirtschaftlichen Kriege leben können. „Wir haben das Interesse, unsere Verbündeten zu stärken, wir brauchen im Kriegsfall kräftige Verbündete und die Regierungen sind gemeinsam bemüht gewesen, die Verträge so zu gestalten, dass sie sich immer tiefer in die Bevölkerung einarbeiten.“ So sagen die Verbündeten, und es hat damit eine der wichtigsten Seiten der Verträge verloren. Es kann unmöglich im Interesse von Verbündeten liegen, die eigene wirtschaftliche Verbündete auf Kosten der Verbündeten zu fördern. Weber.

Wiederholend sind die Worte des Grafen Raniz, dass er gegen die Handelsverträge stimmen werde, da im Reichstag Bewegung hervorgerufen und ihm vereinzelt Voraussetzung eingeräumt, aber sie hat zugleich dazu geführt, die große Mehrheit der anderen Urtheilenden festzuhalten.

Noch ein anderes Gesichtspunkt des Reichskanzlers hat lebhafte Aufmerksamkeit gewonnen. Er beginnt es als unmöglich, dass die Staaten des Dreiecks mit einander im wirtschaftlichen Kriege leben können. „Wir haben das Interesse, unsere Verbündeten zu stärken, wir brauchen im Kriegsfall kräftige Verbündete und die Regierungen sind gemeinsam bemüht gewesen, die Verträge so zu gestalten, dass sie sich immer tiefer in die Bevölkerung einarbeiten.“ So sagen die Verbündeten, und es hat damit eine der wichtigsten Seiten der Verträge verloren.

* Aus Reichenberg, 10. December, meldet man uns, die vier praktizierenden Arzte haben gegen ihren Kollegen den zweiten Prozess. Dr. Bengel Schamann (welcher bereits seinerzeit aus dem heiligen Verein deutscher Aerzte in Reichenberg und Umgebung ausgeschlossen wurde) bittet in den vierzig Bäumen eine schwere Gefangenschaft losgelassen, in der sie in Folge seines verabscheudenden Benehmens in nationaler Beziehung und seines unchristlichen Benehmens erklärt, dass sie im folgenden Prozess zum Steuerjahr 1891 zum Staatsbüro durch Zuwendung von Militärauslagen bittet jetzt auch die Abgeordneten aus dem Prozess gegen.

* Aus Reichenberg, 10. December, meldet man uns, die vier praktizierenden Arzte haben gegen ihren Kollegen den zweiten Prozess. Dr. Bengel Schamann (welcher bereits seinerzeit aus dem heiligen Verein deutscher Aerzte in Reichenberg und Umgebung ausgeschlossen wurde) bittet in den vierzig Bäumen eine schwere Gefangenschaft losgelassen, in der sie in Folge seines verabscheudenden Benehmens in nationaler Beziehung und seines unchristlichen Benehmens erklärt, dass sie im folgenden Prozess zum Steuerjahr 1891 zum Staatsbüro durch Zuwendung von Militärauslagen bittet jetzt auch die Abgeordneten aus dem Prozess gegen.

* Der Schweizer Bundes-Präsident Welti hat sich nicht bestimmen lassen, seine Demission zurückzunehmen. Das Gesetz um die dielecte, welche legt im Nationalrat verlesen wurde, lautete: „Der Unterpräsident ist im Falle, der die beiden Bundesversammlung das übertriebene Gesetz vorgelegt, ihm auf Ende laufenden Jahres von der Stelle eines Mitgliedes des Bundesrates zu entlassen. Mit dieser Bitte verbindet er den wahren Dan für das Vertrauen, welche ihm die Räthe der Eidgenossenschaft während der fünfzehnjährigen Jahre seiner Tätigkeit bewiesen haben, und verabschiedet sich mit den innigsten Wünschen für das Glück und Gedanken des Vaterlandes.“ Bevor die Sache entschieden war, machte die Neue Zürcher Zeitung, welche eine Gegenstimme der Eisenbahnpolitik Welti's war, den Bericht, Welti das auswärtige Departement zu überlassen und Dreyfus an die Spize des Eisenbahn-Departements zu stellen. Diese Wnung ist durch das Beharren Welti's auf seinem Kabinettswahlrecht widerstanden.

* Der Minister Hallidays, Ribot und Freycinet beabsichtigen, an der geplanten Debatte der französischen Deputiertenkammer über die Interpellation Dubois beteiligt die Haltung des Konsuls, theilzunehmen. — Gerichtsweise verlaufen, der Justiz- und Gouverneur Hallidays wird ausgeschlossen, nach Schluss des Kammerdebates sein Portefeuille abzugeben. Dieser Demission wäre jedoch nur eine individuelle Bedeutung beizumessen. — Wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, würde sich die Regierung bereit erklären, demnächst einen Gegenwart über die geistlichen Freiheiten vorzulegen. Derselbe würde jedoch nicht den Charakter der Maßnahme einer Trennung der Kirche vom Staat tragen.

* Der National-Zeitung wird aus Paris geschrieben: Die Veröffentlichung der Handelsverträge in den betreffenden Haupstadtstädt hat hier wie ein Donnerblitz gewirkt — als ob man durch sie überrascht worden wäre, als ob dieselben nicht das Ergebnis seit Jahrzehnten schwelender Unterhandlungen wären! Die Pariser Blätter hatten nicht aufgehört, ungünstige Nachrichten über den Stand der von Deutschland begonnenen Unterhandlungen zu veröffentlichen, so dass man hier im Parlament nichts annehmen, was jedoch die verschiedenen Staaten gewünscht, und das jedes der verschiedenen Staaten gewünscht, um die Wahrung der Güter und Rechte der Einwohner zu gewährleisten. Der Reichstag hat England unerwidert gelassen, das doch auch einen sehr bedeutsamen Handelspartner zu vergrößern bestimmt und dem deutschen Handel neue Wege ebnen soll. Der Reichskanzler hat England unerwidert gelassen, das doch auch einen sehr bedeutsamen Handelspartner zu vergrößern bestimmt und dem deutschen Handel neue Wege ebnen soll. Der Reichskanzler hat England unerwidert gelassen, das doch auch einen sehr bedeutsamen Handelspartner zu vergrößern bestimmt und dem deutschen Handel neue Wege ebnen soll. Der Reichskanzler hat England unerwidert gelassen, das doch auch einen sehr bedeutsamen Handelspartner zu vergrößern bestimmt und dem deutschen Handel neue Wege ebnen soll.

* Die Freiheit und Nationalliberalen bringen eine Interpellation im Reichstag ein, betreffend die Copyright-Bill und den Abschlag der Literaturreconvention mit Österreich.

* Wie gemeldet wird, hätte die deutschconservative Fraktion des Reichstags in ihrer gestrigen Sitzung mit 24 gegen 12 Stimmen sich gegen die Handelsverträge erholt.

* Der frühere Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode vertheidigt in der Abrechnung eine Menge, welche die Zeitungsmeldung, er habe den Kornzoll dringend erachtet, an den Reichstagverbandungsabschluss mit dem Anhören des sogenannten Minimaltarifes Gebühre zu schulden. Diese Illusion ist durch die Nachricht von der Beschränkung der zwischen Deutschland, Österreich, Italien und Belgien abgeschlossenen Handelsverträge gründlich zerstört worden, und es wird bereits erfährtlich, dass dadurch eine erhebliche Verschärfung der öffentlichen Meinung, eine bedeutende Aufregung in den industriellen und kommerziellen Kreisen entsteht wird — was die Regierung, wenn sie es ernstlich wolle, bemühen könnte, um selbst noch in diesen Augenblicken von den Bürgern eine Widerstand ihrer für Frankreich verhängnisvollen Zollpolitik zu erlangen. Man ist aber gerade in den letzten Kreisen so verbündet, die Unzufriedenheit gegen Deutschland ist so stark, dass die Alarmrufe der einschläglichen Kreise, welche die Minorität bilden, unverstossen werden, und das man sich jetzt erst redet darauf stellen dürfte, diese Zollpolitik fortzusetzen, welche sämmtliche europäische Staaten zweigen wird, sich, wie der Tempf sagt, „ohne Frankreich, oder richtig“ ausgedrückt.

* Durch Indiscretions seitens einzelner Personen aus der Umgebung gewisser Bischofskirche hat die französische Regierung von einem vertraulichen Schreiben des Bischofs Lucius von Rosas an seine Kollegen Kenntnis erlangt. In diesem Schreiben wird beabsichtigt Organisations einer christlichen Aktion des gesammelten Episcopatus gegen die Freiheit der Kirche. Hierzu werden die Bischöfe der verschiedenen Diözesen einzuladen, um sämmtliche Bischofskirchen Frankreichs gewöhnliche Ausschüsse vorzuschlagen, der die gemeinschaftlichen Anstrengungen leiten soll. Dieser Vertrag ist an der Abstimmung seitens der majoritärer Bischofskirche gescheitert. Trotzdem sind von der Regierung Anordnungen getroffen, um etwaige durch das Concordat verbote Beteiligungen zu verhindern.

* Durch Verhandlungen nach wird der neue französische Zolltarif noch vor Ende d. M. amtlich veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung ist mehrere Monate hinauszögern werden, weil die Regierung gebessert habe, zu einem Einvernehmen mit Frankreich zu gelangen, und weil sie beschäftigt habe, den Tarif, wenn möglich, zu erhöhen. Das Wohlenthalten ist der Tarif fertiggestellt, und es handelt sich gegenwärtig nur noch um die Verhandlungen, welche die Minorität führen. Die Zollreform-Kommission ist zu diesem Zweck zusammengetreten. Hieran wollen wir die Bemerkung knüpfen, dass man in französischen Kreisen glaubt, die deutsche Regierung werde sich zu einer Erhöhung der Zollsätze für gute französische Weine entscheiden.

* Der Kaiser von Russland empfing den neuernannten französischen Gesandten Grasha von Westphalen zur Ent-

Insertionspreis

Morgen-Ausgabe: die Gezahlte Zeitung
Nr. 304. Reklame unter dem Reklametitel
(4 geplante) 60.-, von den Familien-
mitgliedern (6 geplante) 40.-
Abend-Ausgabe: die 6 gezählte Zeitung
Nr. 304. Reklame unter dem Reklametitel
(4 geplante) 1.-, Familienmitglieder und
Ehegatten versteiner (6 geplante)
20.-. Großere Schriften, um unter dem Reklametitel
zu berücksichtigen. Tafelblätter und Blätter
von höherem Wert.

Große Beilagen (geplante), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Beib